und Wirken zu sehen glaubt. Man hat Exempel von Beispielen! Der Presse, die sich heute in wüsten Angriffen gegen die Sozialdemokratie überbietet, ist demnach allen Ernstes anzuraten, doch nicht gar zu hitzig loszugehen. Sie könnte sonst eine bittere Enttäuschung erleben! Wenn nämlich erst jene Andeutungen der Berliner Neuesten Nachrichten substantiiert werden, was auf Wunsch erfolgen kann.

Auch den weniger intelligenten Redakteuren der verstimmten Blätter sollte doch schon aufgefallen sein, daß sich die konservativen Blätter jetzt einer sehr deutlichen Zurückhaltung befleißigen. Die Kreuzzeitung z. B. brachte die Nachricht vom Tode Krupps in drei Zeilen unter ihren vermischten Nachrichten. Warum? Fehlt es ihr etwa an der Lust, den Sozialdemokraten etwas anzuhängen, wenn sie dazu Gelegenheit zu haben glaubt? O nein! Aber die konservativen Blätter sind vorsichtig. Sie wissen vielleicht ebenso viel von den Interna der Affaire Krupp, wie Maximilian Harden, der in einem sehr bemerkenswerten Artikel seiner Zukunft mancherlei Bemerkenswertes ausstreut. Auf diese Dinge einzugehen, wird sich noch Gelegenheit bieten.

Nieder mit den Sozialdemokraten!

So heult es jetzt aus der bürgerlichen Presse fast aller Schattierungen. Die Sozialistenhetze, die wir als die Folge der Essener Kaiserrede signalisierten, hat prompt mit aller Wucht eingesetzt. Die „sittliche Empörung“ über die „sozialdemokratischen Verleumder“ schlägt hochgehende Wogen. Und nebenher geht die moralische Entrüstung über die „Schimpfereien“, über den „Radaumacher“ der Sozialdemokraten im Reichstag! Sitten- und Anstandsrichter wollen die Sozialdemokratie zwischen zwei Feuern braten.

Die Scharfmacher, die Freunde der Ausnahmegesetze, wittern Morgenluft. Schon ist die erste Kundgebung erschienen, die wahrscheinlich den Anfang eines Entrüstungsrummels darstellen soll, der als „Stimme des Volkes“ die Regierung zu einem neuen gesetzgeberischen Versuch nach Art der Umsturz- oder Zuchthausvorlage ermutigen soll. Potsdam ist die Stadt, die die Ehre der Initiative in dieser Tugle der Ordnungswüterei beanspruchen darf. In einer am Freitag abend abgehaltenen Versammlung des neuen Wahlvereins, dem sämtliche „patriotischen“ Vereine Potsdams angehören, wurde unter „großer Begeisterung“ eine Adresse an den Kaiser beschlossen, die also lautet:

An des Kaisers Majestät!

Die im neuen Wahlverein organisierten königstreuen Bürger Potsdams begrüßen mit innigster Dankbarkeit die von Ew. Majestät in Essen gesprochenen eindrucksvollen Worte als eine tiefernste und ergreifende Mahnung zum Zusammenschluß aller deutschen Männer. Sie geben der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß der gestrige Tag einen Wendepunkt in der Bekämpfung der vaterlandslosen Sozialdemokratie bilden werde.

In tiefster Ehrfurcht, in unwandelbarer Treue usw.

Essen ist also ins Hintertreffen geraten. Doch wird immerhin gemeldet, daß die Kruppschen Arbeiter die Absicht hegen, dem Kaiser für seine Beteiligung am Begräbnis und für seine dem verstorbenen Chef gewidmeten Worte durch eine besondere Kundgebung zu danken. Daß es in Essen langsamer geht, als in Potsdam, ist wahrscheinlich aus dem Grunde zu erklären, daß erst von dritter Seite die Arbeiter überzeugt werden mußten, daß sie wirklich jene Absicht haben.

Wir haben gestern die Abwehr des Vorwärts gegen die kaiserlichen Angriffe veröffentlicht. Heute seien noch einige Aeußerungen anderer Parteiblätter wiedergegeben.

Die Münchner Post:

Das Oberhaupt des Reiches, wie sich Wilhelm II. nannte, hätte sicher klüger getan, erst den Ausgang des Gerichtsverfahrens abzuwarten, ehe er mit Vorwürfen an die Oeffentlichkeit trat, die auch dann unberechtigt sind, wenn sie ein Kaiser ausspricht.

Wenn etwas das Gegenteil der löblichen Absicht bewirken konnte, die Arbeiter „aus den Banden“ der Sozialdemokratie zu „befreien“, dann war es die Essener Rede Wilhelms II., die ein neuer Beweis ist der einseitig belehrenden Beratung, die man ihrem Urheber über die sozialen Zustände angedeihen ließ.

Frankfurter Volksstimme:

Wilhelm II. hat also in der Ausnahmestellung, die ihm der deutsche Majestätsbeleidigungsparagraph und seine Anwendung durch die Gerichte sichert, die schroffsten Angriffe gegen unsere Partei und ihre Vertreter gerichtet, die er bisher jemals aussprach, und das will viel sagen. Er hat in einer Erregung gesprochen, die ihn sogar frühere eigene Reden vergessen ließ. Denn er kann jetzt z. B. von unseren Parteigenossen: „Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben,“ während er bekanntlich schon 1895 gelegentlich der Wilhelmsfeiern von uns als „eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen,“ sowie von „Vaterlandslosen“ redete. Aeußerungen, die uns übrigens niemals gehindert und den Siegeslauf unserer Partei nicht um eine Sekunde aufgehalten haben.

Leipziger Volkszeitung:

Wir wollen es den politischen Biedermännern der bürgerlichen Demokratie überlassen, sich über die formal reichliche Seite dieses

---

sie aufzuregen, aber nicht im Schmerz, nein, in einer erlösenden, befreienden Empfindung.

Ohne daß sie es wußte, begann sie zu summen, zu singen; gedämpft mischte sich ihre Stimme in das Jubilieren der Vögel, ihre schweren Schritte wurden leichter, elastisch gab das Moos nach. So war sie als Kind gelaufen, als Mädchen, — liebe Erinnerungen auf Schritt und Tritt. Sie warf sich zu Boden wie damals, die breiten Fächer des Farrenkrauts mitten als Schirm über ihr Gesicht; wohlig streckte sie die Glieder, so lang, so lang. Da ging alles zur Ruh.

Elisabeth hatte Berlin nicht vergessen, aber das Schaudern, mit dem sie anfangs zurückgedacht, wurde schwächer; die Bitterkeit verlor sich. Sie konnte jetzt über das Vergangene sprechen, ohne eine erzwungene Ruhe zu erheucheln; sie suchte immer das Gespräch, mit jedem Mal sprach sie sich freier. Der Stachel war herausgezogen, die Wunde hatte sich geschlossen; sie fühlte sich wie ein Genesender, der weiß, daß er sehr krank gewesen ist. Und wie der dankbar des Arztes gedenkt, so mußte sie immer an ihren Mann denken.

„Ich glaube an Dich!“ — — Als alle sie verließen, hatte er ihr das gesagt. Und wieder sah sie den festen Blick seiner hellen Augen in jener dunklen Nacht — sein Vertrauen, war das nicht ihr einziger Halt gewesen?

Jahr um Jahr ging sie zurück, vier lange Jahre — viel Ringen, viel Enttäuschung, viel Pein. Er hatte mit ihr gehofft, und als sie selbst nicht mehr hoffte, hatte er geglaubt — und sie immer geliebt.

Sie sah sich am Schreibtisch, im Theater, am Bett des Kindes — in ihren tiefsten Nöten. Und aus dem dunklen Wirrsal der Vergangenheit hob sich sein Bild klar ab, immer schärfer wurden die Umrisse, je länger sie hinsah; sein Bild wuchs und wuchs, es wurde zusehends groß vor ihren Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Auftretens des Kaisers anzuregen, daß nach Lage der Sache sehr wohl die Wirkung einer Beeinflussung des Gerichts haben kann, dem die Feststellung über die „Strafsat“ des Vorwärts unterliegt. Nur sei an dieser Stelle an den Fall der Ermordung des Fabrikanten Schwartz in Mülhausen in Elsaß erinnert, in dem der Kaiser nachweislich falsch unterrichtet war und auf Grund dieser falschen Information eine Beileidsdepesche an die Witwe des Fabrikanten richtete, in der er die Sozialdemokratie für diesen Racheakt eines verkommenen Individuums verantwortlich machte. Ebensowohl wie damals ist es auch in dem vorliegenden Falle sehr wohl möglich, ja wahrscheinlich, daß der Kaiser vermutlich berichtet ist und damit die ganze Unterlage der schweren gegen den Vorwärts erhobenen Angriffe zusammenbricht.

Die Schwäbische Tagwacht schreibt:

Die Sozialdemokratie hat im Zollkampf mit einem, wie die Wahlen in den Einzelstaaten in den letzten Monaten gezeigt haben, geradezu beispiellosen Erfolg die Interessen der breiten Masse des werktätigen Volkes gegenüber der Politik der beauftragten Schnapphähne verfochten. Bis heute hat man die Opposition unserer Vertreter nicht zu überwinden vermocht. Man fürchtet nun den Sieg, den die nächsten Reichstagswahlen unserer Partei bringen werden, und braucht deshalb Gewaltmittel zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Agitation. Daß die deutschen Arbeiter auf Wilhelms II. Einladung hin das Tischtuch zwischen sich und der Sozialdemokratie zerschneiden werden, das wagt man nicht zu hoffen. Darum nimmt die Scharfmachergarde die kaiserliche Rede eilfast auf zu der Forderung eines verschärften Vorgehens gegen die Sozialdemokratie.

Die Ordnungspresse ist allerdings eifrig in diesem Sinne tätig. Die Post sagt in einem längeren Artikel:

Die „öffentliche Schmähsucht“ habe seit Beseitigung des Sozialistengesetzes an Umfang ungeheuer zugenommen. Der Mißbrauch, den die Sozialdemokratie mit der Preßfreiheit treibe, schreie förmlich zum Himmel. Es sei die höchste Zeit, daß diesem Terrorismus endlich eine wirksame Schranke gesetzt wird.

Die Tägliche Rundschau meint, die nächste Forderung, die sich aus dem Fall Krupp ergebe, sei größerer Schutz der persönlichen Ehre durch Einwirkung der öffentlichen Meinung namentlich der politischen Führer auf die Presse, oder auch größerer Schutz der persönlichen Ehre durch die Rechtsbehörden. Die Sozialdemokratie aber wird die Wirkung des vergifteten Brotes, das sie andern reichen wollte, am eigenen Leibe spüren. Man würde an der Gesinnung der deutschen Arbeiterschaft verzweifeln, wenn sie das Verbrechen des Vorwärts als eigenes tragen, sich zu ihm bekennen wollte.

Die Staatsbürger-Zeitung billigt vollkommen die Kaiserrede, die in allen Teilen des deutschen Volkes ungeteilte Zustimmung und lautes Echo finden werde. Zutreffender als dies durch die kaiserliche Ansprache geschehen, sei das Verhalten der Sozialdemokraten bisher nicht gebrandmarkt worden und werde es auch nicht gebrandmarkt werden.

Nicht ganz so zuversichtlich bezüglich des Erfolgs der neuesten Rede sind die Zentrums- und die freisinnigen Blätter.

Die ultramontane Germania schreibt unter anderem: Wenn der Kaiser die Hoffnung ausspreche, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich nunmehr bewegt finden würden, das Tischtuch zwischen sich und der Sozialdemokratie zu zerschneiden, so dürfte das doch eine zu optimistische Auffassung sein.

Der Berliner Börsenkurier glaubt darauf hinweisen zu müssen, wie wirkungslos und eben deshalb unzuträglich es sein könne, daß der Kaiser gewissermaßen ein Lossagen der sozialistischen Arbeiterschaft von ihrem Zentralorgan fordere. Das Blatt fürchtet, in dieser Hinsicht werde auf keine Erfolge zu rechnen sein.

Das Berliner Tageblatt vertritt die Ansicht, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn sich in der Umgebung des Kaisers ein Mann gefunden hätte, der von einer Veröffentlichung des Wortlautes der Rede ehrlich gewarnt und sie so verhindert hätte. Jedenfalls aber dürfe man die vom Kaiser gebrauchten Ausdrücke nicht auf die Goldwage legen. Eine dauernde Wirkung kann sich das Blatt von dieser Rede nicht versprechen. Die Arbeiter folgten der Sozialdemokratie, weil sie bei ihr ihre Interessen am besten vertreten zu sehen glaubten. Dieser Glaube werde schlechterdings auch durch den Appell des Kaisers kaum in einem größeren Umfange erschüttert werden.

Die Münch. Allg. Ztg. schreibt: „Was die Mitteilung des Vorwärts betrifft, die in der Rede des Kaisers einer Mordtat gleichgestellt wird, so ist zum mindesten nicht erwiesen, daß der Vorwärts dolos gehandelt hat. Einen Mord ohne dolus, eine Uebersetzung gibt es für den Richter nicht. Der Vorwärts hat Gerüchte italienischer Zeitungen publiziert. Daß diese Gerüchte einen Mann wie Krupp trafen, kann an den Umständen der Veröffentlichung nichts ändern. Wir leben in einem Rechtsstaate, in dem der Grundsatz gilt, daß Arme und Reiche vor dem Gesetze gleich viel gelten. Daß der Verstorbene hervorragend, daß sein persönliches Gefühl feiner differenziert war, wie das manches anderen Menschen, mag zu dem bedauerlichen Ausgang beigetragen haben.

Da indessen hier doch nur von einem unglücklichen Zufall die Rede sein kann, so ist der Vergleich des Mordes eine schwere Beschuldigung, die geeignet ist, große Beunruhigung in weitesten Volkskreise zu tragen.

Die große Mehrheit des deutschen Arbeiterstandes gehört der sozialdemokratischen Partei an, weniger aus Haß, wie aus wirtschaftspolitischen Gründen. Der Arbeiterschaft, die auch ferner dieser Partei, von der sie eine Verbesserung ihrer Lebenslage erhofft, treu bleiben will, wird durch die kaiserlichen Worte die denkbar schwerste Herausforderung zu teil. Man mag über das Vorgehen des Vorwärts in der Angelegenheit denken wie man will, auch diejenigen, die es aufs schärfste verurteilen, müssen zugeben, daß keine Berechtigung vorliegt, der Arbeiterschaft, die auch ferner der sozialdemokratischen Fahne folgen will, den furchtbaren Vorwurf zu machen, daß sie dadurch „moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf ihr Haupt laden“.

Eines ist sicher: Die Essener Rede ist aus vielen Gründen tief zu bedauern und die Ratgeber eines Monarchen können nicht oft genug betonen, daß der Autorität nichts schädlicher ist, als eine schwerwiegende Kritik über Dinge, die nicht im geringsten aufgeklärt sind.“ —

Die Frankfurter Zeitung wendet sich auch gegen die Kaiserrede, öffnete aber gleichzeitig ihre Spalten einem italienischen Korrespondenten, der mit Emphase die Unschuld Krupps versichert und behauptet, die Quelle des Vorwärts sei die Propaganda in Neapel, ein Blatt, das ehemals ein Sozialistenorgan gewesen sei, jetzt aber zu einem bloßen Skandalblatt herabgesunken sei. Der Herr geht so weit, gegen dieses Blatt die schlanke Außerkraftsetzung der Preßfreiheit, die einfache Einkerkerung der Leiter zu verlangen. Und das nennt ein demokratisches Blatt gut!

In der bürgerlichen Presse werden allerlei authentische, angeblich auf offizielle Anfragen erteilte Mitteilungen aus Rom veröffentlicht, wonach die italienischen Behörden die Unschuld Krupps „festgestellt“ haben und ein deutscher Maler Allers der Mitschuldige sei, der denn auch die Flucht ergriffen habe. Wir sagen dazu nichts als: Abwarten!

Daß die Ordnungspresse Dresdens in dem Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie nicht zurücksteht, versteht sich am Rande. Der Anzeiger z. B. bringt einen Leitartikel, worin er unter der Stichmarke: Der Verleumdungsfeldzug des Vorwärts, unser Zentralorgan verleumdet — natürlich, ohne ein Wort von der Erwiderung des Vorwärts auf die kaiserliche Rede auch nur andeutungsweise zu erwähnen. Anstand und Gerechtigkeit verträgt sich eben nicht mit der Ordnungsrettung, wie sie die Scharfmacher verstehen.

Deutsches Reich.

Berlin, 29. November. Wie zuverlässig verlautet, hat der Führer des Zentrums, Dr. Spahn, nach dem Abschlusse der Donnerstags-Fraktionssitzungen dem Reichskanzler die schriftliche Mitteilung zugehen lassen, daß die Einigung unter den Mehrheitsparteien über die geschäftliche Behandlung des Tarifs vollzogen worden sei.

— Von den Sozialdemokraten wird beabsichtigt, nach Schluß der Geschäftsordnungsdebatte aus Anlaß des Antrages Kardorff auf en bloc-Annahme des Zolltarifes eine Reihe von Abänderungsanträgen einzubringen, die den Standpunkt der Tarifgegner wahren.

— In der Redaktion des Anarchistenblattes Neues Leben und bei seinem Redakteur, Gladatsch, wurde am 26. d. M. eine Haussuchung vorgenommen, bei welcher die Nummer 46 des genannten Blattes wegen eines „Die Spitzelei“ überschriebenen Artikels, in dem der Polizei wegen der Ueberwachung der Anarchisten verschiedene Vorwürfe gemacht werden, beschlagnahmt wurde.

— Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, wonach das Unfall-Fürsorgegesetz für Gefangene mit dem 1. April 1903 in vollem Umfange in Kraft tritt.

— Beim Staatssekretär des Reichsschatzamtes Frhrn. v. Thielmann hat Donnerstag abend eine Konferenz mit hervorragenden Mitgliedern des Reichstags stattgefunden. Es dürfte sich auch um den Zolltarif gehandelt haben. Wahrscheinlich gilt es, eine Form zu finden, wodurch die Verwendungsanträge des Zentrums der Regierung annehmbar gemacht werden sollen. Das wird wahrscheinlich geschehen, indem man sie gegenstandslos macht.

Die Petero-Presse, schreibt der Vorwärts, hat die Erklärung der Frau Isabella Bronsart v. Schellendorf (wir haben sie seiner Zeit mitgeteilt. Red. d. S. A.-Z.) mit der Frage beantwortet, wer denn die allerbeste Quelle sei, auf die sie sich beziehe. Wir sind nunmehr autorisiert, zu erklären, daß der Abg. Bebel es war, der Frau Isabella Bronsart v. Schellendorf ermächtigte, jene Erklärung abzugeben. Es steht also fest, und insofern hat Dr. Peters die Unwahrheit behauptet, daß die Mitteilungen über den Tuchbrief an den Abg. Bebel von Herrn Bronsart v. Schellendorf, dem Gemahl der oben genannten Dame, nicht herrühren.

Das venezolanische Abenteuer. Dem Rhein. Kurier wird aus Berlin gemeldet, eine gemeinsame Aktion Deutschlands und Englands unter Zustimmung der Union steht unmittelbar bevor.

Von den Bürgerschaftswahlen in Bremen wird uns geschrieben: Am 26. wurde in sechs Bezirken gewählt. Die Sozialdemokraten behaupteten den Bezirk Hastedt und erzielten eine Stichwahl. Am 27. standen sechs Bezirke zur Wahl. Die Sozialdemokratie eroberte abermals einen. Am 28. wurde von drei Bezirken einer erobert und in einem Stichwahl erzielt.

Das Reichstagsgebäude, so erzählt unser parlamentarischer Korrespondent vom Freitag, war heute von Einlaßbegehrenden geradezu belagert. In der großen Wandelhalle drängten sich die Abgeordneten mit zahlreichen Gästen aneinander vorbei. Einen solchen Sturm auf die Tribünen hat der Reichstag wohl noch nicht erlebt. Die Sozialdemokraten haben noch gestern abend Fraktionssitzung abgehalten, die beiden freisinnigen Parteien heute vor Beginn der Plenarberatung. Auch der Vorstand der nationalliberalen Fraktion hat heute mittag getagt. Es verlautet, daß sechs Mitglieder der nationalliberalen Partei, unter ihnen der Bürgermeister Büsing mit die Abgg. Prinz Schönaich-Carolath, Dr. Ecke und Cuentin, mit dem Vorgehen der Fraktion und der Unterstützung des Antrags v. Kardorff nicht einverstanden sind. Die Parteien der Linken haben sich zur schärfsten Opposition entschlossen. Sie glauben, daß noch Mittel vorhanden sind, das Vorgehen der Mehrheit zu durchkreuzen. Vorläufig wird die Geschäftsordnungsdebatte von gestern unentwegt fortgesetzt. In der Diskussion wird auch darauf hingewiesen werden, daß, wenn der Zolltarif auf dem Wege des Antrags v. Kardorff erledigt werden soll, ganz erhebliche Zweifel an der Rechtsgültigkeit des ganzen Zolltarifs entstehen und schließlich die ordentlichen Gerichte angerufen werden müßten.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Stendal-Prozeß Wolf-Schalk wird noch folgendes gemeldet: Die vor dem Berner Schwurgericht geführte Verhandlung über die Klage Wolfs gegen Schalk gestaltete sich für beide Teile sehr kompromittierend. Es stellte sich heraus, daß schon lange vor dem Ausbruch des Konfliktes gegenseitige Verdächtigungen vorangingen. Schalk soll angeordnet haben, daß die Verwaltung der Ostdeutschen Rundschau falsche Wechsel ausgegeben habe, was er heute allerdings bemängelt. Wolf erhob ferner Klage darüber, daß Schalk behauptet hätte, die Administration der Ostd. Rundschau habe falsche Bilanzen aufgestellt; Wolf habe sich auch vom Zuckerkartell bestechen lassen. Schalk sagte ferner aus, die Affaire Wolfs mit der Gattin des Professors Seidel sei nicht der erste Fall gewesen. Wolf habe wiederholt seine Popularität als deutschnationaler Führer bei Mädchen mißbraucht. Schalk sagte noch hinzu, Wolfs Gattin habe sich bei ihm über schlechte Behandlung durch Wolf beklagt. Darauf erwiderte Wolf: Schalk habe sich aufdringlich in seine Ehe eingemischt. Er erklärte ferner, Klage erhoben zu haben, weil alle Beschuldigungen gegen ihn von Schönerer ausgegangen seien. — Der Prozeß geht übrigens weiter, da die Klage sich nicht bloß auf die Broschüre Hülsen, die für verjährt erklärt wurde.

Italien.

Ein Gesetzentwurf zur Verminderung der militärischen Ausgaben ist von den Sozialisten im Parlament eingebracht worden.

Frankreich.

Der Bergarbeiterstreik ist nun in der That beendigt. Aus St. Etienne wird vom 28. Nov. gemeldet: Im ganzen Kohlenrevier haben 85 Proz. der Streikenden die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Leider hat aber der Streik noch ein sehr unerquickliches Nachspiel gefunden. Der Sekretär des Grubenarbeiter-Verbandes, Cotte, wurde in der Arbeiterbörse zu St. Etienne von 200 Streikenden angegriffen und im Gesicht sowie an den Händen verletzt. Er konnte sich weiteren Angriffen nur durch die Flucht in ein Restaurant entziehen, vor dem die Streikenden sich zusammenrotteten und stürmisch seine Auslieferung verlangten. Was diesem bedauerlichen Vorfall zu Grunde liegt, ist noch nicht bekannt.

Der Boulaine-Skandal. Die Libre Parole will in der Lage sein, mitteilen zu können, daß verschiedene frühere Minister und andere hochgestellte Persönlichkeiten in der Boulaine-Affaire stark kompromittiert seien und daß ihre Verhaftung bevorstehe. — Das Blatt ist ein nationalistisches, die Meldung also mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Humberts unauffindbar. Ein hoher Pariser Polizeibeamter hat einem Redakteur des Petit Journal erklärt, alle über die bevorstehende Verhaftung der Humberts verbreiteten Mitteilungen entbehrten jeder Grundlage. Niemand wisse, wo sich die Humberts befänden.

Die gemeinsame Petition der Bischöfe gegen das Vereinsgesetz ist vom Staatsrat, der am Donnerstag darüber beriet, für strafbar erklärt worden. Die Höhe der Strafe wurde noch nicht festgesetzt. Man dürfte sich die Regierung mit einer Sperrung des Gehaltes für kurze Zeit begnügen.

Eine eigentümliche Maßregel. Die Kammer nahm einen Antrag an, der die Gemeindewahlen von Paris des vorigen Mai für die Kammer für verfallig erklärt. Dadurch werden die Mandate von sieben Pariser Nationalisten ungültig. Es muß also demnächst Neuwahl in sieben Pariser Wahlkreisen stattfinden. Der Wahltermin wurde auf zwei Monate nach Beginn der Ferien für die Kammer festgesetzt.